

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur ersten Auflage	7
Abkürzungsverzeichnis	25
Kapitel 1. Einleitung	27
A. Vermögensbindung als Regelungskonzept	27
B. Vermögensbindung im rechtspolitischen Diskurs	30
I. Volkswirtschaftliche Bedeutung	30
II. Vermögensbindung im Blickfeld des Gesetzgebers	31
C. Ziel und Grundgedanken der Untersuchung	34
I. Untersuchungsansatz	34
II. Leitlinien der Untersuchung de lege lata	37
III. Leitlinien der Untersuchung de lege ferenda	40
Kapitel 2. Zweck und Reichweite der Vermögensbindung	44
A. Der Untersuchungsgegenstand im akademischen Diskurs	44
I. Rechtsdogmatische Grundlagen	44
1. Vermögensbindung in der Aktiengesellschaft und KGaA	44
2. Aktienrechtliche Einbettung des Vermögensbindungsprinzips	47
3. Europarechtliche Vorgaben	49
II. Vermögensbindung in der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung	51
1. Die Lehre von der umfassenden Vermögensbindung	51
2. Die Lehre vom binären Kapitalschutzsystem	52
3. Sozialpolitisch motivierte Ansätze zur Stärkung der Vermögensbindung	54
III. Der Zweck der Vermögensbindung als Theorienstreit	55
1. Die Theorie der vier Schutzrichtungen	56
2. Schutzzweck- und Schutzreflexdifferenzierungen	57
a) Die Theorie vom Primat des Gläubigerschutzes	57

b) Die Theorie von der Zweckdifferenz der Vermögensbindungsformen	58
IV. Anforderungen an die Revisitation des Theorienstreits	59
B. Historische Herleitung des Telos der Vermögensbindung	60
I. Der Rechtszustand bis zur Herausbildung der Vermögensbindung	60
1. Der Rechtszustand Anfang des 19. Jahrhunderts	60
2. Vermögensbindung und Statutenpraxis	61
III. Die Ursprünge der Vermögensbindung	62
3. Der Versuch einer Aktiengesetzgebung in Sachsen 1836/1837	62
1. Das Preußische Aktiengesetz von 1843	66
a) Die Bedeutung der preußischen Kodifikation	66
b) Vermögensbindung in den Beratungen des Entwurfes	68
c) Das Vermögensbindungsprinzip im preußischen Aktiengesetz	69
d) Die Kapitalschutzkonzeption des preußischen Aktiengesetzes	71
e) Zwecke der Vermögensbindung im engeren wie im weiteren Sinne	73
II. Die Etablierung der Vermögensbindung im ADHGB von 1861	76
1. Entwicklungslinien des ADHGB von 1861	76
2. Die Beratung der Vermögensbindung und ihrer Alternativen	78
a) Vermögensbindung im engeren Sinne	78
b) Vermögensbindung im weiteren Sinne	79
(1) Der Antrag zur Abschaffung der Vermögensbindung im weiteren Sinne.	80
(2) Der Antrag zur Aufweichung der Vermögensbindung	81
(3) Der Antrag zur Beibehaltung der Vermögensbindung	81
3. Das Regelungskonzept des ADHGB von 1861	82
4. Rechtspolitische Würdigung	84
III. Vom ADHGB bis zum Aktiengesetz	88
1. Rechtskontinuität der Vermögensbindung	88

2. Vermögensbindung bis zur Reichsgründung 1871	89
3. Von der Aktienrechtsnovelle 1884 bis zum Aktiengesetz von 1937	91
4. Vom Aktiengesetz von 1937 bis zum Aktienrecht unserer Zeit	93
C. Entscheidung des Theorienstreits	95
I. Widerlegung der Theorie von den vier Schutzrichtungen	95
II. Widerlegung der Theorie von der Zweckdifferenz	97
III. Zweckbestimmung des Vermögensbindungsprinzips	100
1. Ratio legis der Vermögensbindung	100
2. Zweigleisigkeit des Vermögensschutzkonzepts	102
3. Ertrag für das Verständnis der Reichweite des Vermögensbindungsprinzips	103
D. Reichweite der Vermögensbindung	104
I. Der Verbotstatbestand der Einlagenrückgewähr	104
II. Adressat	105
1. Einlagenrückgewähr an Aktionäre	105
2. Einlagenrückgewähr an Dritte	105
III. Inhalt	108
1. Objektiver Rechtsverstoß	108
2. Subjektive Komponente	111
IV. Sonderfälle	112
1. Erweiterung des Vermögensbindungsprinzips	113
2. Verengungen des Vermögensbindungsprinzips	114
E. Rechtsfolgen vermögensbindungswidriger Leistungen	115
I. Wirksamkeit der Verpflichtung und Verfügung über das Gesellschaftsvermögen	115
1. Vermögensbindung als Verbotsgesetz	116
2. Nichtigkeit des Erfüllungsgeschäfts	117
a) Die bürgerlich-rechtliche Nichtigkeitsfolge als Auslegungsregel	117
b) Die aktienrechtliche Rückgewährpflicht als Spezialvorschrift	118
c) Systematische Überlegungen	119
(1) Schmälerung des Haftungsfonds durch Eigentumsverschaffung	119

(2) Schmälerung des Haftungsfonds durch Besitzübertragung	121
d) Historische Erwägungen	121
e) Teleologische Erwägungen	123
3. Nichtigkeit des Verpflichtungsgeschäfts	125
II. Rückgewähransprüche	126
1. Adressat	126
a) Aktionär	126
b) Dritte	127
2. Anspruchsinhalt	128
a) Dogmatische Grundlagen	128
b) Rückabwicklung dem Werte nach	130
3. Anspruchsdurchsetzung	134
III. Schadensersatzansprüche	135
F. Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse	136
Kapitel 3. Quantitative Wirkungsgrenzen der Vermögensbindung	139
A. Der Anspruch des Aktionärs auf den Bilanzgewinn	140
I. Vermögensbindung, Dividendenanspruch und bilanzielle Betrachtungsweise	140
II. Der Widerstreit zwischen Gläubiger- und Aktionärsinteresse	141
1. Gläubigerinteresse und Unternehmensziele	141
2. Gläubigerschutz als Agency-Problem	143
a) Der Gläubiger-Eigner-Konflikt	143
b) Der Manager-Eigner-Konflikt	144
3. Der Manager-Eigner-Konflikt als Katalysator des Dividendenrechts	146
III. Ermittlung und Verwendung des verteilungsfähigen Gewinns	148
1. Das Verfahren zur Aufstellung des Jahresabschlusses	149
2. Ermittlung des verteilungsfähigen Gewinns	151
a) Überblick	151
b) Das Jahresergebnis als Ausgangswert	152
c) Die Überleitung vom Jahresergebnis zum Bilanzergebnis	152
(1) Verrechnung mit einem Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	152

(2) Entnahmen aus der Kapital- und Gewinnrücklage	153
(3) Einstellungen in die Gewinnrücklage	153
3. Verwendung des ausschüttungsfähigen Gewinns	154
IV. Prozessualer Gläubigerschutz	154
B. Das System der Rücklagen im Aktienrecht	157
I. Begriff und Funktion der Rücklagen	157
II. Offene Rücklagen in der Aktiengesellschaft und der KGaA	159
1. Kapitalrücklage	159
2. Gewinnrücklagen	160
a) Die gesetzliche Rücklage in der Aktiengesellschaft und der KGaA	160
b) Rücklage für Anteile an einem verbundenen Unternehmen	162
c) Satzungsmäßige Rücklage	162
d) Andere Gewinnrücklagen	163
III. Stille Rücklagen in der Aktiengesellschaft und der KGaA	163
C. Bilanzielle Grundlagen	164
I. Der Jahresabschluss im System des betrieblichen Rechnungswesens	164
II. Theorien des Jahresabschlusses	165
1. Konnexität von Bilanzrechtstheorie und Vermögensbindung	165
2. Die statische Bilanztheorie	167
3. Die dynamische Bilanztheorie	169
4. Die organische Bilanztheorie	171
5. Geeignetheit der Bilanztheorien als Grundlage der Vermögensbindung	172
III. Vermögensbindung im Zweckgefüge des Jahresabschlusses	174
1. Dokumentation	174
2. Information	175
3. Kapitalerhaltung und Ausschüttungsbemessung	176
a) Gläubigerschutz als Zweck des Jahresabschlusses	176
b) Ausschüttungs- und Zahlungsbemessung	176
4. Entwicklung der Jahresabschlusszwecke	178

IV. Gläubigerschutz im Gefüge bilanzieller Ansatz- und Bewertungsregeln	182
1. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	182
a) Der Rechenschaftsgrundsatz der Unternehmensfortführung	183
b) Kapitalerhaltungsgrundsätze	183
(1) Das Realisationsprinzip	183
(2) Das Imparitätsprinzip	184
(3) Das Vorsichtsprinzip	184
2. Allgemeine Ansatzregeln	185
3. Allgemeine Bewertungsregeln	185
D. Ausschüttungsbemessung durch Bilanzpolitik	187
I. Bilanzpolitik und ihre Motivation	187
II. Offene Rücklagen als Instrument der Bilanzpolitik	189
1. Einsatz offener Rücklagen zur Beeinflussung des Bilanzergebnisses	189
a) Verwendung der Kapitalrücklage	189
(1) Verlustabdeckung	190
(2) Gewinnausschüttung	192
b) Verwendung der Gewinnrücklagen	194
2. Steuerrechtliche Folgen	195
3. Effizienz offener Rücklagen als Gläubigerschutzinstrument	195
III. Stille Rücklagen als Instrument der Bilanzpolitik	196
1. Bildung stiller Rücklagen	196
a) Gesetzliche Zwangsrücklagen	196
b) Dispositions- und Ermessensrücklagen	197
c) Willkürrücklagen	200
2. Auflösung stiller Rücklagen	200
3. Steuerrechtliche Folgen	201
4. Effizienz stiller Rücklagen als Gläubigerschutzinstrument	202
IV. Sachverhaltsgestaltungen als Instrument der Bilanzpolitik	204
E. Friktionen von Handelsbilanzrecht und Vermögensbindungsprinzip	205
I. Funktionswandel der Bilanz und Vermögensbindung	206

II. Zweckdivergenz von Bilanzrecht und Vermögensbindung	208
III. Vermögensbindung und Unternehmenserhalt	210
1. Ausschüttungsbemessung und Liquiditätsplanung	210
2. Ausschüttungsbemessung und Investitionsplanung	211
3. Ausschüttungsbemessung und Preissteigerung	212
IV. Handelsbilanzieller Regelungsausblick	212
1. Gläubigerschutz als Ziel einer HGB-Reform	212
2. Gesellschaftsrechtliche Ausschüttungsbilanz	213
F. Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse	215
Kapitel 4. Qualitative Schranken der Vermögensbindung	218
A. Vermögensbindung im System der aktienrechtlichen Haftungsverfassung	218
I. Vermögensbindung als unvollkommenes Regelungskonzept	218
II. Abgrenzung zu alternativen Haftungsinstituten	219
1. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	219
a) Überschneidungen beider Haftungsinstitute	219
b) Vermögensbindungsrechtliche Grenzen organschaftlicher Vertretungsmacht	221
(1) Missbrauch der Vertretungsmacht	221
(i) Rechtsmacht zum Rechtsverstoß	221
(ii) Befugnis zum Rechtsverstoß	222
(2) Kollusion	225
(i) Einlagenrückgewähr als Treueverstoß	226
(ii) Subjektives Element	230
c) Konkurrenz von Vermögensbindung und Kollusion	231
d) Zwischenergebnis	232
2. Überhöhte Vergütung der Vorstandsaktionäre	233
III. Kapitalmarktinformationshaftung als Schutzrechtskollision	234
1. Der Konflikt zwischen Anleger- und Gläubigerinteresse	234
2. Rechtsprechungsgrundsätze zur Kapitalmarktinformationshaftung	235
3. Grundsatz des Vorrangs der Deliktshaftung	236

B. Rechtsform als Vorbedingung der Vermögensbindung	238
I. Rechtsformfreiheit und Vermögensbindung	238
II. Vermögensbindung in der Umwandlung	239
1. Umwandlungsrechtliche Grundlagen	239
a) Vermögensbindung bei der Verschmelzung	239
b) Vermögensbindung bei der Spaltung	241
c) Vermögensbindung beim Formwechsel	242
2. Gläubigerschutz in der Umwandlung	242
III. Umwandlungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes	244
C. Durchbrechungen der Vermögensbindung und ihre Rechtfertigung	244
I. Der zulässige Erwerb eigener Aktien	245
1. Das Verhältnis von Aktienrückkauf und Einlagenrückgewähr	245
2. Der Erwerb eigener Aktien aus ökonomischer Sicht	246
3. Vermögensbindungsrechtliche Vorgaben an den Aktienrückkauf	248
4. Gläubigergefährdung und Gläubigerschutz beim Aktienrückkauf	250
II. Cash Pooling und drittgleiche Aktionärsgeschäfte	252
1. Cash Pooling und Liquiditätsmanagement im Konzern	252
2. Cash Pooling als Rechtsproblem	253
3. Die legislatorische Absicherung des Cash Pooling	255
a) Ziele des Gesetzgebers	255
b) Umsetzung	256
(1) Leistung	257
(2) Gegenleistungs- und Rückgewähranspruch	258
(3) Vollwertigkeit und Deckung	260
(i) Definitionen	260
(ii) Herleitung	260
(4) Materieller Gehalt des Vollwertigkeitsgebots	261
(i) Zweck	261
(ii) Bilanzielle Grundlagen	261
(iii) Das Problem zinsloser oder unterverzinster Darlehen	262
(5) Materieller Gehalt des Deckungsgebots	265
(i) Zweck	265

(ii) Aktienrechtliche Grundlagen	266
(iii) Privilegierung von Darlehen an Gesellschafter	267
(6) Stehenlassen von Gesellschafterverbindlichkeiten als Einlagenrückgewähr	270
4. Bewertung der „exceptio cash pool“	274
III. Aktionärsdarlehen	274
1. Eigenkapitalersatzrecht als legislatorische Herausforderung	274
2. Die Reform durch das MoMiG	275
IV. Überkreuzbeteiligungen	276
V. Vergütung von Nebenleistungen	277
VI. Gründungsaufwand als Sondervorteil	277
VII. Kapitalherabsetzung	277
VIII. Liquidation	278
D. Konzernherrschaft als qualitative Grenze der Vermögensbindung	279
I. Der Konzernkonflikt aus der Perspektive der Vermögensbindung	279
1. Formen von Unternehmensverbindungen im Aktienrecht	279
2. Unternehmensfinanzierung als Konzernproblem	279
3. Gläubigerschutz im Konzern	281
II. Vermögensbindung in der eingegliederten Gesellschaft	282
III. Vermögensbindung im Vertragskonzern	282
1. Grundlagen	282
2. Suspendierung der Vermögensbindung	283
3. Gläubigerschutz im Vertragskonzern	286
a) Gläubigerschutz durch die beherrschte Gesellschaft	286
b) Gläubigerschutz durch das herrschende Unternehmen	287
IV. Vermögensbindung im faktischen Konzern	288
1. Überlagerung der Vermögensbindung im weiteren Sinne	288

2. Überlagerung der Vermögensbindung im engeren Sinne	290
a) Der Wertungswiderspruch des Überlagerungsgedankens	291
b) Vermögensschutz in der konzernrechtlichen Wertungskonzeption	292
(1) Wortlaut	293
(2) Systematik	293
(3) Historie	294
(4) Sinn und Zweck	296
(i) Gläubigerschutz	298
(ii) Schutz der außenstehenden Aktionäre	298
(iii) Abstandsgebot von faktischem Konzern zum Vertragskonzern	299
(5) Zwischenergebnis	299
c) Lösungsansatz	300
d) Möglicher Einwand	301
E. Das Schrankensystem der Vermögensbindung in der gesetzlichen Wertungskonzeption	301
I. Wertigkeit der Vermögensbindung im weiteren Sinne	301
1. Wertentscheidungen und Haftungskonzeption des AktG ¹⁹³⁷	301
2. Wertentscheidungen und Haftungskonzeption des AktG ¹⁹⁶⁵	302
3. Wertentscheidungen und Haftungskonzeption des Aktienrechts nach 1965	303
II. Gläubigerschutzzinstrumente	304
1. Abstrakt-genereller Gläubigerschutz im älteren Aktienrecht	304
2. Konkret-individueller Gläubigerschutz im modernen Aktienrecht	305
3. Ineffizienz des abstrakt-generellen Gläubigerschutzes	307
III. Bagatellzugriffe	308
IV. Synthese der gesetzgeberischen Wertungen	308
F. Thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse	310

Kapitel 5. Effizienz und Erforderlichkeit der Vermögensbindung im weiteren Sinne	312
A. Effizienzanalyse der Vermögensbindung im weiteren Sinne	312
I. Effizienzbegriff	312
II. Kosten	313
1. Transaktionskosten	313
2. Rechtsunsicherheit	314
3. Erhöhung der Fremdkapitalkosten	315
4. Erschwerung von Aktionärsgeschäften	315
5. Behinderung des flexiblen Kapitalabzugs	315
6. Nationale Sonderregelung	316
III. Nutzen	318
1. Gläubigerschutz durch Schaffung eines zusätzlichen Haftungsfonds	318
2. Stärkung der Liquiditätsposition des Unternehmens	319
3. Förderung der Gleichbehandlung der Aktionäre	320
4. Seriositätsvorteil	320
5. Reputationsgewinn	321
IV. Wirtschaftlichkeit	321
1. Rechtstatsächlicher Befund	321
a) Möglichkeiten und Grenzen der Rechtstatsachenforschung	321
b) Leitidee und Grundhypothese der Untersuchung	323
c) Ergebnis der rechtstatsächlichen Untersuchung	324
d) Mögliche Einwände	326
(1) Stabilität der Insolvenzstatistiken	326
(2) Zusammenhang von Vermögensbindung und Befriedigungsquoten	327
(3) Rechtsformverschiedene Risikoanreizstrukturen	328
2. Rechtsökonomischer Befund	329
a) Rückläufige Bedeutung stiller Reserven	329
b) Umgehbarkeit	330
c) Konzeptionelle Unschärfe	331
d) Fehlender Schutz von Gläubigern aus Dauerschuldverhältnissen	333
e) Überregulierung von Aktionärsgeschäften	334
f) Flüchtigkeit des Kapitalschutzes	335

g) Begünstigung von Kapitalallokationsineffizienz	336
h) Versicherbarkeit der Risiken	336
V. Schlussfolgerung	339
B. Erforderlichkeit der Vermögensbindung im weiteren Sinne	339
I. Erwägungen de lege ferenda	339
II. Umgehungsschutz der Vermögensbindung im engeren Sinne	340
III. Gläubigerschutz durch zusätzlichen Haftungsfonds	341
1. Ausgangsüberlegungen	341
2. Rechtstatsächliche Analyse	342
3. Analyse des Rechtsrahmens	344
a) Vermögensbindung durch Vorstandshaftung	345
(1) Unternehmenserhalt als Vorstandspflicht	346
(2) Verdeckte Gewinnausschüttung als Obliegenheitsverletzung	346
b) Vermögensschutz durch Aktionärshaftung	348
(1) Die Haftung aus Einfluss auf die Aktiengesellschaft	348
(i) Existenzvernichtungshaftung	348
(ii) Die Aktionärshaftung bei verdeckten Vermögenszuwendungen	350
c) Aktionärsschutz durch Gleichbehandlungspflicht	352
d) Substanzschutz durch Ausschüttungssperren	353
e) Masseschutz durch Insolvenzanfechtung	356
IV. Schlussfolgerung	358
C. Reform der aktienrechtlichen Haftungsverfassung	359
I. Leitlinien einer Reform des Kapitalschutzes	359
II. Vorschläge auf europäischer Ebene	359
III. Vorschläge auf nationaler Ebene	360
1. Abschaffung der Vermögensbindung im weiteren Sinne	361
a) Einschränkung des absoluten Vermögensschutzes	361
b) Reform der Financial Assistance	362
2. Effektivierung der Vermögensbindung im engeren Sinne	362
3. Stärkung der Verantwortlichkeit der Verwaltung	363
4. Effektivierung der Organhaftungsklagen	365

5. Stärkung der Verantwortlichkeit Einfluss nehmender Aktionäre	368
6. Transparenz von Aktionärgeschäften	369
D. Vorschlag eines Gesetzesentwurfes nebst Begründung	370
I. Neufassung des § 26 AktG (Sondervorteile, Gründungsaufwand)	370
1. § 26 Entwurf AktG – Gesetzestext	370
2. § 26 Entwurf AktG – Begründung	370
II. Neufassung des § 53 a AktG (Gleichbehandlung, verdeckte Vermögenszuwendung)	371
1. § 53 a Entwurf AktG – Gesetzestext	371
2. § 53 a Entwurf AktG – Begründung	371
III. Neufassung des § 57 AktG (Keine Rückgewähr der Einlagen)	372
1. § 57 Entwurf AktG – Gesetzestext	372
2. § 57 Entwurf AktG – Begründung	372
a) Streichung des § 57 Abs. 1 S. 2 AktG	373
b) Aufhebung des § 57 Abs. 2 AktG	373
c) Neufassung des § 57 Abs. 3 AktG	374
IV. Aufhebung des § 59 AktG (Abschlagszahlung auf den Bilanzgewinn)	374
1. § 59 Entwurf AktG – Gesetzestext	374
2. § 59 Entwurf AktG – Begründung	374
V. Änderung des § 60 AktG (Gewinnverteilung)	375
1. § 60 Entwurf AktG – Gesetzestext	375
2. § 60 Entwurf AktG – Begründung	375
VI. Aufhebung des § 61 AktG (Vergütung von Nebenleistungen)	375
1. § 61 Entwurf AktG – Gesetzestext	375
2. § 61 Entwurf AktG – Begründung	375
VII. Ergänzung des § 62 AktG (Haftung der Aktionäre)	376
1. § 62 Entwurf AktG – Gesetzestext	376
2. § 62 Entwurf AktG – Begründung	376
VIII. Neufassung des § 71 a AktG (Umgebungsgeschäfte)	376
1. § 71 a Entwurf AktG – Gesetzestext	376
2. § 71 a Entwurf AktG – Begründung	377

IX. Ergänzung des § 76 AktG (Leitung der Aktiengesellschaft)	377
1. § 76 Entwurf AktG – Gesetzestext	377
2. § 76 Entwurf AktG – Begründung	377
X. Neufassung des § 93 AktG (Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder)	378
1. § 93 Entwurf AktG – Gesetzestext	378
2. § 93 Entwurf AktG – Begründung	379
a) Absatz 2 – D&O-Versicherung	379
b) Absatz 3 – Haftungstatbestände	379
c) Absatz 3 a – Pflichtversicherung	379
d) Absatz 3 b – Zusatzversicherung	380
e) Absatz 3 c – Veröffentlichungspflicht	381
f) Absatz 3 d – Direktanspruch	381
g) Absatz 6 – Verjährung	381
XI. Einfügung des § 93 a AktG (Haftungsklage)	381
1. § 93 a Entwurf AktG – Gesetzestext	381
2. § 93 a Entwurf AktG – Begründung	382
XII. Konturierung des § 116 AktG (Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder)	383
1. § 116 Entwurf AktG – Gesetzestext	383
2. § 116 Entwurf AktG – Begründung	383
XIII. Reform des § 142 AktG (Bestellung der Sonderprüfer)	383
1. § 142 Entwurf AktG – Gesetzestext	383
2. § 142 Entwurf AktG – Begründung	384
XIV. Reform des § 147 AktG (Geltendmachung von Ersatzansprüchen)	384
1. § 147 Entwurf AktG – Gesetzestext	384
2. § 147 Entwurf AktG – Begründung	384
XV. Reform des § 150 AktG (Gesetzlicher Reservefonds)	385
1. § 150 Entwurf AktG – Gesetzestext	385
2. § 150 Entwurf AktG – Begründung	385
XVI. Ergänzung des § 225 AktG (Gläubigerschutz)	386
1. § 225 Entwurf AktG – Gesetzestext	386
2. § 225 Entwurf AktG – Begründung	386
XVII. Neufassung des § 272 AktG (Gläubigerschutz)	387
1. § 272 Entwurf AktG – Gesetzestext	387
2. § 272 Entwurf AktG – Begründung	387

XVIII. Anpassung des § 291 AktG (Beherrschungsvertrag, Gewinnabführungsvertrag)	387
1. § 291 Entwurf AktG – Gesetzestext	387
2. § 291 Entwurf AktG – Begründung	387
XIX. Redaktionelle Neufassung des § 300 AktG (Gesetzliche Rücklage)	388
1. § 300 Entwurf AktG – Gesetzestext	388
2. § 300 Entwurf AktG – Begründung	388
a) Neufassung des § 300 Abs. 1 AktG	389
b) Neufassung des § 300 Abs. 2 AktG	389
c) Neufassung § 300 Abs. 3 AktG	390
Kapitel 6. Schlussbetrachtungen	391
Literaturverzeichnis	395